

#WEST #SENIOREN 23. Januar 2024

# „Armut im Alter“: Professor Dr. Butterwegge zu Gast beim OV Köln

Das Problem der Altersarmut beschäftigt die Menschen schon seit langem. Durch die Corona-Pandemie und die rasant steigenden Energiekosten hat sich die Situation für viele noch weiter verschärft.



Von links: Rainer Zimmermann, Prof. Butterwegge, Willi Otten

Der OV Köln und die Seniorenleitung haben den Politikwissenschaftler und renommierten Experten Professor Dr. Butterwegge am vergangenen Freitag zu einem Vortrag mit anschließender Diskussion nach Köln eingeladen. Geschäftsstellenleiter Willi Otten konnte sich über zahlreiche Teilnehmende freuen. Als Vertreter der Seniorenleitung moderierte Rainer Zimmermann die Veranstaltung.

„Das Armutsrisiko ist besonders bei den Seniorinnen und Senioren gestiegen“, stellte Prof. Butterwegge fest. Keine andere Altersgruppe sei so stark betroffen. „Die Hinweise der Politik, dass jeder vermehrt für seine Altersbezüge privat vorsorgen muss, sind bei den heute betroffenen Rentner:innen und Ruhestandsbeamt:innen nicht mehr möglich.“

Die Pandemie, die Explosion der Energiekosten und die gestiegenen Mieten treffe alle Menschen, insbesondere die Bezieher kleinerer Renten und Pensionen. Notwendige energetische Sanierung von Wohnungen und Häusern seien ein weiteres Problem für ältere Menschen, da Banken in vielen Fällen die Finanzierung ablehnten.

Prof. Butterwegge zeigte anhand einiger Zahlen und Indikatoren auf, wie sich die Altersarmut weiter ausbreitet. Ein Indikator für die wachsende Altersarmut stellt das Kriterium der Europäischen Union dar, wonach armutsgefährdet ist, wer in einem Mitgliedsland über weniger als 60 % des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens verfügt. Als einkommensarm kann hierzulande somit ein Alleinstehender gelten, der weniger als 1.148 Euro (2021) im Monat zur Verfügung hat. Demnach hat die Altersarmut mit 17,4 % und knapp drei Millionen betroffenen Senior:innen einen Höchststand erreicht.

Eine der Ursachen sei unter anderem die sogenannte Rentenreform vom 01.01.1992. „Es brachte für die Versicherten erstmals spürbare Verschlechterungen mit sich,“ betonte Butterwegge. So ging man von der brutto- zur nettolohnbezogenen Anpassung der Renten über, verkürzte Anrechnungszeiten bei der Ausbildung und ließ die Rente nach Mindestentgeltpunkten auslaufen.

Als Fazit stellte der Experte fest: „Während die Anzahl der von Armut und Unterversorgung betroffenen Senior:innen weiter steigen dürfte, nimmt deren Wertschätzung eher ab.“ Dem Ziel, bestehende Altersarmut zu verringern und deren Neuentstehung zu verhindern, werde von der Politik keine Priorität eingeräumt. Deshalb werde das Armutsrisiko für Senior:innen weiter ansteigen.

Ziel der EVG bleibt daher, durch gute Abschlüsse bei den Einkommensrunden gesicherte Altersbezüge bei Renten und Ruhegehalt zu sichern.